

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

Volksblatt

für
Stadt und Land.


Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 $\frac{1}{2}$ S.; für Aus-
wärtige portofrei
12 $\frac{1}{2}$ S.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silbergr.

N: 122.

Paderborn, 11. October

1849.

 **Bestellungen auf das „Volksblatt für Stadt und Land“ wolle man für das vierte Quartal (Octbr., Novbr., Dezbr.) gefälligst bald aufgeben. Auswärts nehmen die Königl. Postanstalten, für Brilon die Junfermann'sche Buchhandlung, welche auch Anzeigen für das Volksblatt annimmt, dieselben entgegen.**

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (das Verhältniß der Kirche zum Staate; der Ministerrath und die deutsche Frage); Münster (die Truppen-Dislocation); Aus Schleswig (militärische Vorkehrungen); Frankfurt (das Reichsministerium; der Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich); Vom Haardt (der Erzbischof von Köln); Karlsruhe (der Prinz von Preußen); Aus Baden (die Hirschersche Schrift); München (die Kammern); Wien (der Lloyd und die türkische Differenz); Klagenfurt (Görgey).
Frankreich. Paris (die engl. Flotte von Malta nach den Dardanellen; die türkische Angelegenheit); Toulon (der Streit mit Marokko); Straßburg (Brentano und Mikroslawski).
England. London (Note Palmerston's an Graf Resselrode).
Amerika. Port au Prince (das Kaiserreich Haiti).
Vermischtes.

Deutschland.

Berlin, 4. Oct. Der Art. 11 der Verfassung, welcher das künftige Verhältniß der Kirche zum Staate feststellt, hat der ersten Kammer einen zweitägigen Kampf gekostet. Die evangelische Partei, welche gegen die Trennung der Kirche vom Staate mit aller Entschiedenheit ankämpfte, hatte auf eine Verbündung der katholischen Partei gerechnet, in welcher Hinsicht sie sich aber getäuscht fand. Der betreffende Artikel wurde von der ersten Kammer im Wesentlichen angenommen. Der Grund, weshalb die beiden Parteien in dieser Angelegenheit auseinander gingen, liegt wohl einfach darin, daß die evangelische Partei von der Ansicht ausgehend, daß das evangelische Glaubensbekenntniß als die eigentliche Staatsreligion in Preußen zu betrachten sei, einen höhern Schutz und eine größere Bevorzugung ihres Glaubensbekenntnisses von Seite des Staates hoffen zu können glaubte, insofern das alte Verhältniß der Kirche zum Staate in fernerer Geltung verbliebe, während die katholische Partei die Interessen ihrer Kirche mehr in der Trennung der Kirche vom Staate, wodurch das katholische Glaubensbekenntniß der evangelischen Vormundung in Preußen entzogen würde, gewahrt erblickte. Bei der bevorstehenden Verhandlung über das künftige Verhältniß der Kirche zur Schule dürften sich beide Parteien aber wohl eng aneinander schließen, da die Wahrung des Einflusses der Kirche auf die Schule von beiden als ein gemeinsames Interesse erachtet wird.

Berlin, 6. Oct. Der gestrige Ministerrath hat sich dem Vernehmen nach mit zwei Fragen beschäftigt: zuerst mit der sehr verwickelten schleswiger, dann mit der Ratification des in Wien am 30. Sept. unterzeichneten Vertrages. Ueber die letztere hatte sich das Ministerium noch nicht geeinigt. Da nun die gestrige Verwaltungsrath, ohne dessen Zustimmung die Ratification nicht erfolgen wird noch kann, nicht im Stande, einen Beschluß zu fassen, wenn er sich anders, was sehr zweifelhaft wird, gestern schon mit dieser Frage beschäftigt hat. Die Ratification schien jedenfalls heute Mittag noch nicht erfolgt. — Von kompetenter Seite werden noch immer Befürchtungen wegen der Flotte laut. Hannover soll veranlaßt worden sein, sie um jeden Preis in der Weser zu halten. Man hat sogar früher hieran geknüpfte Bedingungen zurückgenom-

men. So drängend schien die Gefahr. Man darf sich besonders von reichs-ministeriellen Beruhigungen und Dementis nicht irre machen lassen, und wären sie in noch superberem Ton geschrieben. Leichtfertige Wiße können da wenig helfen, wo es sich um eine vaterländische Angelegenheit handelt. Das sollten sogar so genannte Demokraten fühlen.

Münster, 7. Octbr. Die Truppen-Dislocation erleidet immer noch Abänderungen. So wird das früher für Münster und Hamm bestimmte 8. Guiraffier-Regiment nicht hierher kommen, sondern das vor 20 Jahren hier, in Neuhaus und Paderborn garnisonirende, hierauf in Schlesien stationirte 4. Guiraffier-Regiment schon am 17. d. hier eintreffen. Augenblicklich hat Westfalen gar keine Cavallerie. Das 13. Infanterie-Regiment, so oft auch schon hiervon die Rede gewesen, wird in Jahresfrist noch nicht verlegt werden. Die zwei von diesem Regimente in Iserlohn und Hagen detachirt gewesenen Compagnien sind heute hierher zurückgekehrt und wurden von der gesammten Generalität empfangen. — Mehrere kürzlich hier eingetroffene Recruten-Abtheilungen führten schwarz-weiße Fahnen mit sich. — Der Lemme'sche Proceß wird in dieser Quartal-Sitzung der Geschworenen noch nicht entschieden werden, indem die Acten zur Vernehmung des Ministers Römer unlängst noch erst nach Stuttgart geschickt wurden und dem Vernehmen nach noch zu gleichem Zwecke an andere Orte gesandt werden sollen.

Aus **Schleswig** schreibt man, daß am 4. Oct. große militärische Vorkehrungen getroffen waren. Vor der Post war ein Husaren-Piket aufgestellt; der Wohnung des Commandanten gegenüber stand eine Wache mit geladenen Gewehren. Man fürchtete, daß ein Postmeister oder ein anderer Beamter von Flensburg aus seinen Cinzug halten würde. In Flensburg hat die Polizei das Casino geschlossen, weil eine Versammlung daselbst stattfinden sollte, um eine Deputation an den König von Preußen zu schicken. Die Mitglieder haben sich der Gewalt gefügt, indeß wird die Deputation doch wohl zu Stande kommen. Unter solchen Umständen ist die Stellung des Grafen Eulenburg natürlich die unangenehmste von der Welt, und nach der „Const. Ztg.“ soll er ernstlich auf seine Zurückberufung dringen. Wenn man die Sprache der dänischen Zeitungen sieht, so wundert man sich nicht darüber. So stellen sie die Wegführung der Geschütze von Eckernförde nach Rendsburg wie einen Diebstahl dar, welcher mit Wissen der preussischen Regierung ausgeführt sei. So sagt „Flyveposten“, daß der König von Preußen sich nicht geschämt habe, die angler Auführer gnädig aufzunehmen und an der königlichen Tafel zu bewirthten, wenn das auch erst geschehen sei, nachdem man sie mehrere Male an ihren rechtmäßigen König nach Kopenhagen gewiesen habe, und „Fädrelandet“ bezeichnet die Aufnahme der Deputation derartig, als wenn Preußen nun wiederum mit den „legitimen“ Schleswig-Holsteinern coquettire. Ja, man geht noch weiter, man fordert, daß die Landesverwaltung die beiden Beamten, welche die Deputation begleiten, ohne Weiteres absetzen soll. Als zukünftiger Kriegsminister für Holstein wird statt des abgetretenen Hrn. Jacobsen ein hessischer General-Major a. D., Schmidt, bezeichnet. Ueberhaupt wird das Kriegsministerium nach Aufhebung des Kriegs-Departements neu organisiert werden.